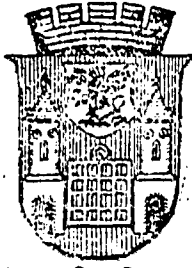


Schwedter Tageblatt

Verföndungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Sernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Postgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 269

Donnerstag, den 17. November 1927

34. Jahrgang

Chronik des Tages.

- Reichspräsident v. Hindenburg empfing den schwedischen Gesandten Dr. Holma und nahm das Abberufungsschreiben des Diplomaten entgegen.
- Reichskanzler Dr. Marx und Außenminister Dr. Stresemann haben sich von Wien nach München begeben.
- Der Reichstag nimmt seine Plenarberatungen am Dienstag, den 22. November, wieder auf.
- Der Preussische Landtag vertagte seine Plenarberatungen zur Förderung der Ausschussberatungen auf den 1. Dezember.
- Der Kriegsgerichtsprozeß gegen den früheren rumänischen Staatssekretär Manoilescu endete mit der Freisprechung des Angeklagten.
- Trotki und Sinowjew sind aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden.
- Der indische Kühndampfer „Dufaram“ ging bei einem Sturm unter. 135 Menschen sollen den Tod gefunden haben.

Die rheinische Industrie für Ostpreußen.

Ostpreußens Abschneidung schädigt die Gesamtwirtschaft. In Düsseldorf fand Mitte der Woche die Jahreshauptversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen des Rheinlandes und Westfalens statt, die sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung für die Erhaltung und Kräftigung Ostpreußens gestaltete. Etwa 800 Wirtschaftsführer und Ehrengäste wohnten den Verhandlungen bei.

Generaldirektor Dr. Reußer

hielt eine Begrüßungsansprache und forderte die Wirtschaftsvertreter auf, sich mehr als bisher mit den Schwierigkeiten des deutschen Ostens zu befassen. Ostpreußens Abschneidung schädigt die gesamte deutsche Wirtschaft. Redner warf dann einen Rückblick auf die Wirtschaftsentwicklung und gab dabei der Befürchtung Ausdruck, daß eine wesentliche Steigerung der deutschen Ausfuhr kaum möglich ist. Der Höhepunkt der Konjunktur sei überschritten.

Oberpräsident a. D. von Batocki

wies auf die Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft hin. Er erklärte, die Bedeutung der Landwirtschaft werde meist unterschätzt. Das würde verhüten, wenn man sich vergegenwärtige, daß die Jahresproduktion an Kohle, Eisen und Leder zusammen nur 4 1/2 Milliarden Mark ausmache, während die an Fleisch, Milch, Kartoffeln und Roggetreide 13 Milliarden betrage. Hinzu komme noch, daß der Maschinen- und Ersatzteilbedarf der Landwirtschaft allein mehr als eine Milliarde Mark erfordere. Die notwendige Hilfe für die Landwirtschaft liege vor allem in der Richtung des Schutzes der kleinen und mittleren Betriebe vor der polnischen Konkurrenz!

Als letzter Redner sprach der Präsident der ostpreussischen Landwirtschaftskammer

Dr. Brandes,

der ausführte, die wirtschaftliche Lage Ostpreußens habe sich durch die Abtrennung vom Mutterlande erheblich verschlechtert. Darüber hinaus richte Polen verheerende Blitze auf Ostpreußen und auf die Ostgrenze. Die Erhaltung Ostpreußens sei eine Lebensnotwendigkeit für ganz Deutschland, weil Deutschland durch den Versailler Vertrag ein Volk ohne Raum geworden sei und eine weitere Einengung seines Lebensraumes nicht vertragen. Leider habe Polen durch den Erwerb Posen einen Frachtvorsprung vor Ostpreußen erhalten. Denn die Entfernung Berlins von der polnischen Grenze sei 275 Kilometer geringer als die von Ostpreußen!

Die Arbeiten des Reichstags.

Wiederbeginn der Vollkungen am Dienstag. — Die ersten Beratungsgegenstände. — Am das Rentnerschutzgesetz.

Mitte der Woche trat der Aeltestenrat des Reichstags in Berlin zu einer Sitzung zusammen, um sich endgültig über den Wiederbeginn der Plenarberatungen schlüssig zu werden. Graf Westarp, der Vorsitzende der deutschen Fraktion, regte an, den für den 22. November in Aussicht genommenen Wiederbeginn der Plenarberatungen mit Rücksicht auf die laufende Arbeit der Ausschüsse zu vertagen. Von sozialdemokratischer Seite wurde Widerspruch erhoben, auch Reichstagspräsident Löbe machte Bedenken gegen eine immer neue Vertagung des Reichstags geltend. Darauf zog Graf Westarp seinen Antrag zurück.

Der Reichstag tritt also, wie vorgehen, am kommenden Dienstag wieder zusammen. Am der Abgeordneten ein ungeführtes Arbeit in den Ausschüssen zu ermöglichen und ihre Arbeitskraft nicht durch gleichzeitige Plenarberatungen und Ausschusssitzungen zu zersplittern, sollen die

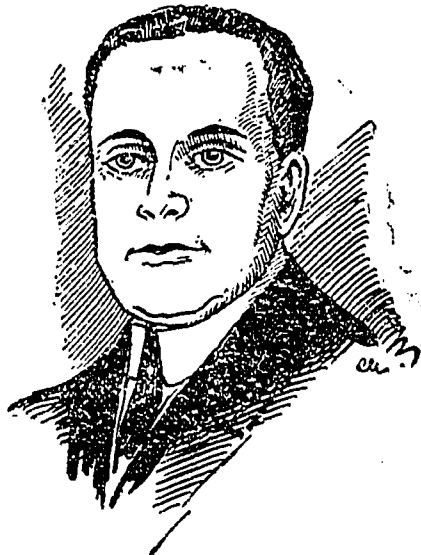
Vollkungen immer erst um 4 Uhr nachmittags beginnen. Für den 22. November bleibt es bei 3 Uhr. Was den Arbeitsplan des Parlaments betrifft, soll am Dienstag der deutsch-französische Handelsvertrag zur Beratung kommen. Für die nächsten Tage wurde die Behandlung des Rentnerschutzgesetzes und die Verabschiedung der Beamten-Disziplinarordnung in Aussicht genommen.

Manoilescu freigesprochen!

Alle Schuldfragen vom Kriegsgericht verneint.

Der gegen den Sendboten Carols, den früheren rumänischen Staatssekretär Manoilescu, angehängte Prozeß hat mit der Freisprechung des Angeklagten und seiner sofortigen Freilassung geendet! Bratiann hat es also nicht gewagt, an den Anhängern Carols ein abschreckendes Beispiel zu statuieren.

Die Schlusssitzung des Kriegsgerichts hatte sich bis in die späten Nachstunden hingezogen und etwa zwanzig Verteidiger auf den Plan gerufen. General Averescu und Professor Jorga erklärten, man solle doch nicht Manoilescu zu einem Verführer stempeln, wo er stets in vollster Deffentlichkeit gehandelt habe.



Staatssekretär Manoilescu.

Manoilescu hielt eine Schlusspanache, und betonte, er sei nach wie vor davon überzeugt, daß Carols Rückkehr als Regent — nicht als König — notwendig sei! Darauf zog sich das Gericht zum Beschluß zurück. Nach etwa fünfviertelstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende, das Gericht habe mit drei gegen zwei Stimmen alle Schuldfragen verneint und die sofortige Freilassung des Angeklagten beschlossen. Der Beschluß des Gerichts wurde mit Hochrufen für Manoilescu und die Armee aufgenommen.

Trotki und Sinowjew ausgeschlossen.

Schärfster Kampf gegen die Opposition in Rußland.

Der Beherrscher des Parteiapparates der russischen Kommunisten, Stalin, hat zur allgemeinen Überraschung bereits vor dem im Dezember stattfindenden Parteikongreß zum entscheidenden Schlag gegen die Opposition ausgescholt. Trotki und Sinowjew, nach und nach aller Aemter entkleidet, sind nunmehr aus der Partei überhaupt ausgeschlossen worden! Ob gegen die Ausgeschlossenen noch weitere Maßnahmen ergriffen werden, bleibt abzuwarten, ausgeschlossen ist es nicht. Weitere Maßregelungen der Zentralkontrollkommission betrafen Kamenev, den früheren Botschafter in Paris, Rakowski, und andere, die aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen wurden. Begründet wird der Ausschluß damit, daß Trotki und Sinowjew die Diskussion außerhalb der Partei verlegt und Reden gegen die Partei gehalten haben.

Regelung der Wanderarbeiterfrage.

Ein deutsch-polnischer Landarbeitervertrag vereinbart. — Unterzeichnung am 21. November in Warschau.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Frage der polnischen Wanderarbeiter in der Landwirtschaft haben nach etwa dreijährigen Bemühungen zum Abschluß eines endgültigen Abkommens geführt. Vertreter der deutschen und der polnischen Regierung haben in Berlin einen Vertrag über polnische Landarbeiter paraphiert, d. h., mit den Anfangsbuchstaben ihrer Namen versehen. Die offizielle Unterzeichnung erfolgt am 21. November in Warschau. Die deutsche Delegation setzte sich aus dem Legationsrat im Auswärtigen Amt Dr. Feschlin und aus den Vertretern des Reichsarbeitsministeriums Dr. Weigert und Dr. Beisiegel zusammen; Polen war durch Dr. Pradzynski, den Direktor des Auswanderungsamtes, und Dr. Dalbor vertreten.

Gegenstand der Verhandlungen,

die bekanntlich auch zu zwei Provisorien führten, waren insbesondere Fragen der Anwerbung und Vermittlung sowie der sozialrechtlichen Verhältnisse solcher polnischer Arbeiter, die jährlich zur Arbeit in die deutsche Landwirtschaft kommen und über die Winterzeit wieder nach Polen zurückkehren. Ferner werden auch die Verhältnisse derjenigen polnischen Landarbeiter geregelt, die sich seit mehreren Jahren in Deutschland befinden.

Der deutsche Gesandte in Warschau nach Berlin berufen.

— Berlin, 17. November. Wie wir erfahren, wird am heutigen Donnerstag der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Kauscher, hier eintreffen. Er ist nach Berlin berufen worden, um den Außenminister vor dem Beginn der deutsch-polnischen Wirtschaftsbesprechungen über die Auffassung in Warschau zu informieren. Am Freitag kommt auch der polnische Sonderdelegierte, Direktor Jadowski, in Berlin an.

Verschlechterung am Arbeitsmarkt.

Die Zahl der Arbeitslosen seit Februar erstmals wieder im Ansteigen!

Zum ersten Male seit Februar verzeichnet die Kurve der Arbeitslosigkeit wieder ein Ansteigen. Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen hat in der Zeit vom 15. bis 31. Oktober eine Zunahme um rund 13 000 Personen oder 2,9 v. H. erfahren! Die Steigerung erklärt sich in der Hauptsache daraus, daß wegen der vorgerückten Jahreszeit verschiedene Notstandsarbeiten eingestellt werden mußten, ferner aus der Entlassung von Arbeitskräften aus landwirtschaftlichen, baugewerblichen und Saisonbetrieben. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug am 31. Oktober rund 340 000 gegenüber 330 000 am 15. Oktober und 355 000 am 1. Oktober. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Kriegsunterstützung beträgt gegenwärtig 116 000 (am 15. Oktober 113 000).

Politische Rundschau.

— Amerikanischen Meldungen zufolge will Dr. Stresemann im Mai an der 100-Jahrfeier der Friedensgesellschaft in Cleveland teilnehmen.

— Die Königsberger Stadtverordnetenversammlung hat einem Magistratsantrag zur Aufnahme einer 10-Millionen-Auslandsanleihe zugestimmt.

— Berufungsverhandlung im Fall Tressow. Die Berufungsverhandlung in dem von dem Mitglied des Jungdeutschen Ordens von Tressow gegen Major Badike angehängten Prozeß ist nunmehr vom Landgericht I Berlin auf den 9. Januar 1928 anberaumt worden.

— Erweiterung des Reparationspolitischen Ausschusses. Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat den für die Verhandlungen mit Parker Gilbert eingesetzten Reparationspolitischen Ausschuß durch Aufnahme folgender Parlamentarier erweitert: Hilferding (Soz.), Dernburg (Dem.), Dr. Brüning (Ztr.), Dauch (D. Sp.), Bredt (Wirtsch.-Partei), Reich (Wahr. Sp.), Quack (Dn. Sp.).

Ein Aufruf des Frauenkampfbundes.

— Berlin, 17. Novbr. Der Reichsarbeitsausschuß des Deutschen Frauenkampfbundes erläßt zum heutigen Tag einen Aufruf unter der Überschrift: „Deutsche Zukunft in Gefahr“, in der er sich aufs schärfste gegen